

PM 09.12.2020

Diakonie: Abschiebungen nach Afghanistan und Syrien sind menschenrechtlich unverantwortlich!

Quelle: Diakonie

Berlin, den 9. Dezember 2020 - Anlässlich der heute beginnenden Innenministerkonferenz in Weimar appelliert die Diakonie Deutschland an Bund und Länder, sich für einen flächendeckenden Stopp von Sammelabschiebungen nach Afghanistan einzusetzen. Der Abschiebestopp für Syrien müsse verlängert werden.

Bund und Länder planen am 16. Dezember, Sammelabschiebungen nach Afghanistan wiederaufzunehmen.

Maria Loheide, Vorstand Sozialpolitik der Diakonie Deutschland: "Es ist unverantwortlich, derzeit nach Afghanistan abzuschicken. Besonders für Europa- Rückkehrer ist es dort lebensgefährlich. Sie werden der Spionage und des Verrats bezichtigt und sind von Verfolgung und Gewalt betroffen bis hin zu Todesdrohungen. Ihnen bleibt oft nur der Ausweg, sich den radikal-islamischen Taliban oder anderen Kriegsparteien anzuschließen oder die erneute Flucht anzutreten. Aktuell kommt die desaströse humanitäre Lage infolge der Covid19- Pandemie hinzu, die das Überleben zusätzlich gefährdet."

Überlegungen, den seit 2012 geltenden Abschiebestopp nach Syrien aufzuweichen, seien angesichts der aktuellen politischen Situation unverantwortlich.

Loheide: "Rückkehrenden droht nachweislich willkürliche Verhaftung oder sie verschwinden einfach. Das widerspricht jeder menschenwürdigen Behandlung. Zum Internationalen Tag der Menschenrechte am 10. Dezember appelliere ich an die Innenminister von Bund und Ländern: Abschiebungen können ein legitimes Mittel des Rechtsstaates sein, müssen aber in Einklang mit den Menschenrechten stehen.

Es ist eine große Errungenschaft, dass in Deutschland das Verbot der Folter und der unmenschlichen Behandlung als absolut gilt. Das muss für alle Menschen gelten, auch für Straftäter und 'Gefährder'. Diese Menschen müssen die gleiche Härte der deutschen Gesetze erfahren und zur Verantwortung gezogen werden wie alle anderen, die Straftaten begehen, und gehören nicht abgeschoben."

Die Diakonie Deutschland und die diakonischen Landesverbände setzen sich seit Jahren gegen Abschiebungen in das Bürgerkriegsland Afghanistan ein:

<https://www.diakonie.de/diakonie-zitate/diakonie-fordert-schutz-fuer-afghanische-fluechtlinge>

<https://www.diakonie.de/journal/abschiebung-nach-afghanistan-ganz-aussetzen>

Die Diakonie Deutschland hat sich im Oktober 2020 gemeinsam mit dem Europäischen Flüchtlingsrat ECRE und 42 anderen zivilgesellschaftlichen Organisationen in Europa gegen die Weiterführung des Europäisch-Afghanischen Rückführungsabkommens "A Joint Way Forward" ausgesprochen:

<https://www.ecre.org/wp-content/uploads/2020/09/NGOs-joint-statement-on-Afghanistan-German.pdf>

Für Rückfragen und weitere Informationen stehen wir Ihnen gerne zur Verfügung.

Kathrin Klinkusch, Pressesprecherin

Pressestelle, Zentrum Kommunikation

T +49 30 65211-1780

F +49 30 65211-3780

pressestelle@diakonie.de

Diakonie Deutschland

Evangelisches Werk für Diakonie und Entwicklung e.V.

Caroline-Michaelis-Str. 1, 10115 Berlin www.diakonie.de